

Bonn/Berlin, 08.06.2022

Roundtable-Gespräch zum Thema
**„Leave no one behind? Sozioökonomische Teilhabe als Voraussetzung für eine
gesamtgemeinschaftliche Nachhaltigkeitstransformation“**

Am 20.05.2022 luden der Rat für Nachhaltige Entwicklung (RNE) und das Sustainable Development Solutions Network (SDSN) Germany Expert*innen dazu ein, sich zu den sozioökonomischen Voraussetzungen für die Teilhabe aller Bürger*innen an der Nachhaltigkeitstransformation auszutauschen. Ziel war es, gemeinsam politische Handlungsoptionen zum Gelingen der Transformation vor dem Hintergrund sozialer Ungleichheit und gesellschaftlicher Fragmentierung zu diskutieren und dabei auch zu überlegen, welche Anforderungen eine Initiative wie das [„Gemeinschaftswerk Nachhaltigkeit“](#) erfüllen muss, um die bestehenden Barrieren für eine gesamtgemeinschaftliche Teilhabe überwinden zu können.

Nach einer kurzen Einführung durch Dr. Axel Berger (Geschäftsführender Direktor, SDSN Germany), erläuterte Dr. Marc-Oliver Pahl (Generalsekretär, RNE) die Zielsetzung des Gemeinschaftswerks Nachhaltigkeit genauer. Da der Erfolg der Nachhaltigkeitstransformation nur denkbar sei, wenn sie über Bund und Länder hinaus gesellschaftlich breit unterstützt und aktiv mitgetragen werde, einigten sich Bund und Länder 2019 auf den Aufbau des Gemeinschaftswerk Nachhaltigkeit als bundesweiter Plattform, welche Engagement für Nachhaltigkeit in Deutschland sichtbar machen und stärken soll. Darüber hinaus sollen neue Akteur*innen für die Nachhaltigkeitstransformation gewonnen und das gemeinsame Entwickeln von Lösungen gefördert werden. Seit 2021 beschäftigt sich der RNE mit der Konkretisierung und Umsetzung des Gemeinschaftswerks, für welche es zentral sei, die bestehenden Barrieren für die Teilhabe aller an der Nachhaltigkeitstransformation zu überwinden.

Die darauffolgenden Impulsvorträge der Teilnehmenden aus der Perspektive ihrer jeweiligen Arbeitsschwerpunkte unterstrichen die Relevanz des Themas deutlich. Während vor dem Hintergrund aktueller politischer Debatten und multipler Krisen schnell der Eindruck entstehe, dass man sich eine Nachhaltigkeitstransformation nicht mehr „leisten“ könne, habe ebendiese das Potenzial, Zusammenhalt zu fördern und die gesamte Gesellschaft krisenfester zu machen – vorausgesetzt die sozialen Aspekte der Transformation würden dabei stärker berücksichtigt. Denn während der Fokus zu oft primär auf den ökologischen Gelingensbedingungen für die Transformation liege, komme der Blick auf die sozialen Folgen und Herausforderungen häufig zu kurz. Längst sei klar, dass ausgerechnet einkommensschwache Gruppen, die die Umwelt am wenigsten belasten, gleichzeitig diejenigen sind, die am stärksten sowohl unter den Folgen des Klimawandels als auch den Kosten der Transformation leiden. Am Beispiel steigender Nahrungsmittelpreise und den damit verbundenen sozialen Folgen für Verbraucher*innen werde dies besonders deutlich. Deshalb könne die sozial-ökologische Transformation nur gemeinsam mit der sozialen Frage gedacht werden. Die Synergien zwischen Umwelt- und Sozialpolitik müssten folglich besser genutzt werden: Umweltpolitik könne beispielweise als präventive Sozialpolitik dabei helfen, Armutsrisiken zu bekämpfen, doch auch im Bereich der Steuer- und Arbeitsmarktpolitik müsste an zentralen Stellschrauben gedreht werden, um gegen die soziale Schieflage vorzugehen und die Kosten der Transformation gerecht zu verteilen. Außerdem müssten die schon vorhandenen Instrumente für sozialverträglichen Klimaschutz besser genutzt und

mit der politischen Realität verbunden werden. Dafür, und damit keine Verschiebung der Lasten auf andere oder die Zukunft stattfindet, brauche es neben einer genauen Aufteilung und Zuschreibung konkreter Beiträge und Ziele für einzelne Ressorts auch eine bessere Zusammenarbeit zwischen diesen. Zusätzlich zu neuen Gestaltungsansätzen staatlicher Akteure mit Blick auf die sozial-ökologische Transformation bedürfe es dieser jedoch auch seitens der Zivilgesellschaft. Herausgestellt wurde insbesondere die Bedeutung neuer und langfristiger Allianzen und institutioneller Vernetzung, um die Zukunftsfähigkeit zivilgesellschaftlicher Akteure der Nachhaltigkeitstransformation zu sichern. Dazu gehöre zum Beispiel eine engere Zusammenarbeit zwischen umweltpolitischen Akteuren mit Gewerkschaften, Sozial- und Wohlfahrtsverbänden.

Um die Breite der Gesellschaft mitzunehmen, müsse diese für die Vorteile der Transformation sensibilisiert und Raum für echte Partizipation und Dialog, insbesondere von und mit sozial Schwächeren, geschaffen werden. Zu oft würden soziale Fragen auf Kompensationszahlungen für zu erwartende Härten reduziert und Bevölkerungsgruppen mit schmalen Geldbeutel dabei als Objekte, deren Erfahrungsschatz und Lebensleistung ungeachtet bliebe, behandelt. Akzeptanz für die Nachhaltigkeitstransformation könne jedoch nicht durch einmalige Sonderzahlungen, sondern nur durch ein stimmiges und nachhaltiges Konzept des sozioökonomischen Ausgleichs geschaffen werden. Um Menschen zu erreichen und zu mobilisieren, sei es zentral, unterschiedliche Lebenswirklichkeiten zu verstehen und andere Perspektiven, wie beispielsweise eine migrantische, einzunehmen. Für unterschiedliche Gruppen und soziale Milieus brauche es neue und passende Ansprache- und Beteiligungsformate sowie neben gezielter Aufklärungsarbeit eine wertschätzende Kommunikation. Mit Blick auf Geschlechtergerechtigkeit und nachhaltige Entwicklung wurde festgehalten, dass diese immer noch nicht resilient genug umgesetzt werde. Gleichstellungspolitik müsse, genauso wie Nachhaltigkeitspolitik, ressortübergreifend verstanden werden. Es brauche eine verbindliche Wirkungsanalyse von Gesetzen und Maßnahmen, die die Teilhabe von Frauen in allen Bereichen gewährleiste, sowie eine geschlechtergerechte Haushaltspolitik und echte Repräsentanz bei der Besetzung von Positionen.

Das Gemeinschaftswerk biete die Chance die gleichberechtigte Teilhabe der weiblichen und anderen marginalisierten Bevölkerungsgruppen als Gegengewicht zur männlich dominierten Diskussion über die Transformation voranzutreiben und Herausforderungen aufzuzeigen. Um zum Motor für eine neue gesellschaftliche Dynamik für nachhaltige Entwicklung zu werden, müsse es die Dialog- und Kommunikationsaufgabe mit allen gesellschaftlichen Gruppen ernst nehmen und dabei die Vorteile der Transformation und die Nachteile des Nicht-Handelns für alle Menschen sichtbar machen. Der Diskurs dürfe nicht von starken Lobbys dominiert werden. Dr. Marc-Oliver Pahl erklärte, dass auf eine inklusive Kommunikation geachtet werde, um das Gemeinschaftswerk in die Breite der Gesellschaft zu tragen, und bat die Expert*innen dabei als Multiplikator*innen zu wirken. Er verwies auf den am 23.06. in Wolfsburg stattfindenden Netzwerkgipfel zum Auftakt des Gemeinschaftswerks Nachhaltigkeit, bei dem rund 200 Multiplikator*innen und Vertreter*innen wichtiger gesellschaftlicher Gruppen, Verbände, Netzwerke und Interessensvertretungen zum gemeinsamen Gespräch geladen seien. Abschließend wurde festgehalten, dass es neben den zahlreichen spannenden Vorhaben, Projekten und Studien, welche im Rahmen des Austauschs vorgestellt wurden, auch in Zukunft weitere Gespräche, Strategien und Umsetzungsideen zu dem Thema brauche.